

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilschstraße 16.)  
bei G. H. Mriti & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Breslau bei Emil Kahlh.

# Posener Zeitung.

Neumundshäger

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. F. Danne & Co. —  
Hansen & Vogler, —  
Kudolph Wolff.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Zentraldruck.“

Nr. 384/85.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

**Sonntag, 4. Juni**  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Interess. 20 Pf. die sechsgehaltene Seite oder neun  
Zeilen, Restanten verhältnismäßig höher, haben die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1876.

Des Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung erst Dienstag den 6. Juni Mittags.

## Die neue Städteordnung.

**2 Berlin, 2. Juni.** Das Abgeordnetenhaus hatte den taktischen Fehler begangen, erst alle vorzugsweise von der Regierung getriebenen Gesetze wie beispielsweise die Generalsynodalordnung zu erledigen, die Verathung der Verwaltungsreformgesetze, insbesondere der Städteordnung dagegen sich bis unmittelbar vor Beginn der Pfingstferien zurückziehen zu lassen. Es hat erst sehr energischer Anstrengungen seitens der Fortschrittspartei bedurft, welcher sich demgemäß auch Kasper und Miquel angeschlossen, um die Städteordnung überhaupt noch an das Herrenhaus gelangen zu lassen. Letzteres war inzwischen, nachdem es alle Gesetze von vorzugsweise konservativem Interesse dienstfertigst erledigt, in die Ferien gegangen. Freilich ist inzwischen der Oberbürgermeister von Berlin, dem am Zustandekommen der Städteordnung gelegen zu sein scheint, Vorsitzender der mit der Prüfung der Städteordnung betrauten Herrenhauskommission geworden und hat derselbe die Kommission auf Donnerstag nach Pfingsten einberufen. Fraglich ist aber, ob sich die beschließfähige Anzahl von acht unter fünfzehn Mitgliedern alsdann einfänden, fraglicher noch, ob die Kommission und das Plenum die Durchberatung in höchstens zwölf Tagen vollenden werden, am fraglichsten aber, ob die konservativ-oberbürgermeisterliche Mehrheit des Herrenhauses das Gesetz in einer Fassung an das Abgeordnetenhaus wird zurückgelangen lassen, welche dasselbe dem Abgeordnetenhaus noch annehmbar erscheinen läßt. Das Zentrum ist überhaupt nicht geneigt, einem neuen organischen Gesetze zuzustimmen. Die Hannoveraner und Hessen sind dazu freilich um so bereitwilliger. Ein gutes Theil der Nationalliberalen aber wird seine Bedenken haben, ohne die schwersten Gründe auch wiederum bei diesem Gesetze unmittelbar am Schluß der Legislaturperiode sich von der Fortschrittspartei zu trennen. Gewiß wird man nicht ein im Allgemeinen gutes Gesetz an unwesentlichen Meinungsverschiedenheiten scheitern lassen wollen. Aber schließlich kann auch die Zustimmung an die Resignation auf das, was man in der Gesetzgebung für notwendig oder nützlich erachtet, einen Grad erreichen, wobei die noch erübrigenden Vortheile des neuen Gesetzes im Verhältnis zum bisherigen Gesetz gegen die Nachteile eines ausdrücklichen Verzichtes auf die Verthätigung liberaler Grundsätze in der Gesetzgebung nicht mehr in das Gewicht fallen. Es gehört überhaupt schon ein hohes Maß von Selbstlosigkeit dazu, sich im bisherigen Umschlag um das Zustandekommen neuer Gesetze unter einem konservativen Ministerium zu bemühen. Die Ausführung der Gesetze fällt dabei stets möglichst konservativ aus; das Gute an den Gesetzen wird dem Ministerium nachgerühmt; für einzelne Mängel dagegen und selbst für Mängel, welche mit der ganzen neueren Gesetzgebung gar nicht im Zusammenhang stehen, macht man die liberalen Parteien verantwortlich.

Scheitern wird die Städteordnung im Abgeordnetenhaus sicherlich, wenn das Herrenhaus sich der Koalition von 14 sogenannten rheinischen Abgeordneten anschließt (die theilweise weder am Rhein gewohnt sind noch am Rhein wohnen), und aus Sybelscher Angst vor dem Kulturkampf die Rheinprovinz von dem Geltungsbereich der Städteordnung ausschließt. Scheitern kann die Städteordnung außerdem an den Bestimmungen über das Wahlrecht. Im Abgeordnetenhaus stehen sich die Parteien für gleiches Wahlrecht und für Dreiklassenwahl, wenn man die taktischen Rücksichten außer Acht läßt, fast gleich stark gegenüber. Bei Annahme des Dreiklassenwahlrechts liegt auch für viele Freunde desselben doch zu einer Beschränkung in Bezug auf den Zensus kein Grund vor. Das Abgeordnetenhaus giebt dann auch in seinen Beschlüssen allen Klassensteuerverpflichtigten das Wahlrecht, der Minister will die unterste Stufe (bei 660 M. Einkommen) ausschließen; durch Ortsstatut soll nach seinem Verlangen die Ausschließung sogar bis 1050 M. Einkommen sich erstrecken dürfen. Das Abgeordnetenhaus hat dagegen in einem anderen Punkte sich vom Minister in der dritten Lesung zurückdrängen lassen; es hat die der badischen Städteordnung entnommene Vorschrift, wonach die erste Klasse mindestens ein Zwölftel, die zweite Klasse mindestens zwei Zwölftel der Wahlberechtigten umfassen muß, wieder aufgegeben. Gerade bei Wiedereinführung eines höheren Zensus im Herrenhaus würde diese Korrektur eine große praktische Bedeutung gewinnen. Auch Kasper erklärte, daß er ohne eine solche Korrektur das Dreiklassenwahlrecht nicht annehmen werde. Das ebenfalls streitige, vom Abgeordnetenhaus abgelehnte Wahlrecht der Forensten ist weniger von politischer Bedeutung. Das Bestätigungsrecht im Rahmen der Beschlüsse der dritten Lesung entspricht schon nahezu den bei Provinzialordnung und Kreisordnung vom Ministerium angenommenen Grundsätzen. Außerdem stehen sich die Auffassungen noch schroff gegenüber in Bezug auf die Handhabung der Polizei in den Kommunen (ob und inwieweit durch das Magistratskollegium oder durch eine Einzelperson), in Bezug auf den Umfang der zulässigen Vorschriften der Aufsichtsbehörden über Einrichtungen der Polizei und in Bezug auf den Umfang des Vorbehalts königlicher Polizeiverwaltung in größeren Städten. Schon die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses legen in allen diesen Beziehungen liberalen Anschauungen und Bestrebungen große Resignation auf.

Vollends verliert die Städteordnung aber ihren Werth, wenn zu den politischen Verkümmern kommunaler Freiheit noch allerlei technische Verschärfungen im spezifisch bürgermeisterlichen Interesse folgen. Solche Verschärfungen gegen die Kommissionsbeschlüsse sind im Ab-

geordnetenhaus schon erfolgt durch Zulassung ortstatutarischer Bestimmungen über die Zahl der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, wodurch wieder die übermäßig großen und deshalb schwerfällig bürokratischen Kollegien gefördert werden. Suchen die Oberbürgermeister im Herrenhaus dazu demnächst noch überall die Kompetenzen den Stadtverordneten zu beschneiden oder gar das hannoversche Ideal lebenslänglicher Bürgermeister und Magistratspersonen anzubahnen, so fällt auch der letzte Grund für die liberalen Parteien fort, sich um diese Städteordnung noch weiter zu bemühen. Es würde dann konstatiert sein, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium und seinem Herrenhaus solche Reformgesetze, die meist zugleich und vorwiegend konservativen Parteinteressen dienen, nicht zu Stande kommen können. Ein nicht geringer Theil der Schuld aber ist freilich einem Theil der liberalen Abgeordneten beizumessen, welche viel leichter sich entschließen einem Druck der Regierung auf die eigene Ueberzeugung nachzugeben als rechtzeitig einen entsprechenden Druck im liberalen Sinne auszuüben.

## • Eingetragene Hilfskassen.

**I.**  
Seit die Pioniere von Nothdale gegen die Noth des Lebens und die entwürdigende Bettelei — denn Annahme von Unterstützungen ohne entsprechende Gegenleistungen ist nichts anderes als Bettelei — die Selbsthilfe anriefen und durch mannhaftige Entfugung und treue Genossenschaft der Welt das Beispiel gegeben, daß tüchtige Arbeit allüberall des rechten Lohnes nicht entbehre und darum zu jeder Zeit und an jedem Ort in Angriff genommen werden muß, hat es nicht an Bestrebungen gefehlt, den schwierigen Verhältnissen der Lohn- und Fabrikarbeiter in der Weise nahe zu treten, daß diese aus sich selbst heraus unter Hinzunahme sittlicher Momente Einrichtungen treffen und Institute gründen, deren Selbstverwaltung die intellektuellen Kräfte der Arbeiter erweitert und ihren materiellen Nothständen vorbeugt. Die mittelalterlichen Zünfte und Zünfte sind vordem in ähnlicher Weise entstanden; entweder waren es genossenschaftliche Verbindungen, ursprünglich errichtet zum gegenseitigen Schutz gegen bedrückende Gewalt selbsttätig regierender Patricierfamilien, die nun späterhin auch Unterstützungs- und Kranken- und Aussteuerungskassen und dergleichen in den Kreis ihrer Thätigkeit zogen, oder umgekehrt, aus Kranken- und Unterstützungsvereinen gingen Genossenschaften hervor, die auch im öffentlichen Leben sich Geltung verschafften. Die alten Zeiten sind indes längst vorüber und ihre Institutionen, wie legendisch sie auch gewirkt haben mögen, sind nicht mehr aufrecht zu erhalten, weil der Staat und die schützenden Verwaltungs- und Rechtsnormen andere als vordem geworden sind. Das Prinzip der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung der eigenen Interessen ist aber im Wandel der Dinge nicht verloren gegangen und wenn es auch einige Zeit verdunkelt worden durch polizeiliche Maßnahmen, durch Konfessionswesen und Weltverschöpfung spielende Neglementirungen, so brach es dennoch wieder siegreich hervor, als diese Beglückungsversuche von oben, sich nicht nur als unzulänglich, sondern auch als aufreizend und revoltirend erwiesen, weil man das Unglück nur auf diejenigen als ursächlich und verantwortliche Urheber schob, die es zum wenigsten hatten mindern wollen. Der Polizeistaat hat eben Vankerrut gemacht und nicht am wenigsten sein letzter etwas verbrämter Ausdruck, das zweite Kaiserreich an der Seine, dessen Herrscher die göttliche Vorsehung mit einigem Geschick parodierte.

England, das alte Vaterland der Selbstverwaltung, das Land der Erbweisheit, aber auch das Land der schroffsten Gegensätze zwischen höchstem Reichthum und tiefster Armuth, hat uns in neuerer Zeit zwei Erscheinungen vorgeführt, die einen großen Theil der Welt erschrecken haben, es sind das die Arbeiterfraktionen und die freundschaftlichen Genossenschaften. Erstere haben selbst nüchterne Denker und Beobachter zagen machen; man erblickte in ihnen den Anfang neuer revolutionärer Zustände der schlimmsten Art, allein es ist bald offenkundig geworden, daß solche gewaltsame Mittel diejenigen erst recht unglücklich und elend machen, welche sie zu ihrer Rettung in Szene setzten. Auch das Schreckbild der rothen Internationale, die im freien England aufgetaucht und auf dem Kontinente ihre Organe feiern wollte, ist wohl an dem Sinne für gesellschaftliche Ordnung, für persönliches Eigenthum und persönliche Selbstständigkeit für immer gekümmert und verliert mehr und mehr seinen gorgonischen Anblick. Aber die zweite Erscheinung, die freundschaftlichen Genossenschaften in England, scheint ihrem ersten mehr unglücklichen Stadium enttrickt zu sein und zu dauernden Einrichtungen fortzuschreiten zu wollen. Es sind nämlich Kranken-Sterbe-Pensionskassen für Arbeiter unter deren eigener Verwaltung gegründet, sie sind auf Grund der Friendly Societies-Act öffentlich einregistriert worden und haben eine parlamentarische Enquete nothwendig gemacht, die allerdings nachgewiesen, daß geldfällige Unternehmung und Kollektoren unter populärer Maske Hunderttausende zum Beitritt verlockt haben, um hinterher das Versprochene nicht zu leisten. Unter 32,000 englischen Hilfskassen sollen nämlich 7/8 bankrott sein, aber es sind doch milde Umstände zu Tage getreten, die mit Nothwendigkeit nicht ein Aufgeben solcher Einrichtungen verlangen, sondern nur eine Vermeidung aller derjenigen Fehler, die ersten Versuchen immer zur Seite stehen, zumal hier, wo es an den nöthigen Erfahrungen zur rechnermäßigen Veranlagung fehlt.

In Deutschland sind durch die Bemühungen, namentlich von Dr.

Max Hirsch und Franz Dunder, ebenfalls Arbeitergenossenschaften zusammengetreten: dieselben haben mit sozialistischem Wesen und sozialistischen Irrwegen nichts gemein, nennen sich deshalb Gewerksvereine und beabsichtigen Arbeiter-Assoziationen zum gegenseitigen Schutz gegen Verdrängung von Arbeitgebern durch Errichtung von Einigungsämtern. Daß solche Bestrebungen erlaubt, ja zum Theil nothwendig sind versteht sich von selbst: ihre Gefahr liegt nur darin, daß große Massen zu behandeln sind, die nicht immer innerhalb der vorgezeichneten Ziele festzuhalten sind. Unerlaubt ist es aber, den Leitern dieser Bewegung sozialistische Tendenzen unterzuschieben, und sie in Wort und Schrift als rothe Demokraten und Demagogen der öffentlichen Ordnung zu denunziieren. Das ist namentlich dem Dr. Hirsch geschehen, zumal ihm die waldenburger Arbeiteraffären zugeschoben werden konnten; er ist in Folge davon bei mehr als einer Reichstagswahl unterlegen. Auch der Umstand, daß Hirsch von den Gewerksvereinen aus zu den freien Hilfskassen vorgeschritten ist, hat ihm in den Augen vieler Beurtheiler geschadet, es wäre ihm und der Sache über Hilfskassen genehmer und zuträglicher gewesen, wenn die Mitglieder der Hilfskassen von diesem Punkte aus erst weitere Vereinigungspunkte sich zum Ziele gesetzt hätten. Alles das darf uns jedoch nicht behindern, allen Arbeiterfreunden sein Werk: „Die gegenseitigen Hilfskassen und die Gesetzgebung“ von Dr. Max Hirsch zur eingehenden Prüfung zu empfehlen. Das Freizügigkeitsgesetz und die neue Gewerbeordnung haben Zustände geschaffen, die sich mit der älteren Armenpflege, sowohl der öffentlichen wie der privaten, nicht mehr bewältigen lassen. Das ist auch durch die neuesten gesetzlichen Emanationen vom 7. und 8. April: „Gesetz über eingeschriebene Hilfskassen und Gesetz betr. die Abänderung des Titels VIII. der Gewerbeordnung“ von Seiten der Regierung und des Reichstages anerkannt. Diese Zeitung hat schon in Nr. 106 einen leitenden Artikel gebracht, in welcher nach der „Berl. Aut. Corr.“ die Gesichtspunkte maßgebend gemacht sind, welche den Reichstag zur Beschränkung der Hirsch'schen Anschauung — veranlaßt haben: eine nähere Prüfung derselben bleibt deshalb einem zweiten Artikel vorbehalten.

Die neulich erwähnte Schrift des Bischofs Reinkens: „Revolution und Kirche, Beantwortung einer Tagesfrage mit Rücksicht auf die gegenwärtige Tendenz und Praxis der römischen Kurie“ (Verlag von P. Neuffer, Bonn), liegt jetzt vollständig vor und erweist sich als ein Manifest gegen die im Vatikan herrschende ultramontane Richtung der katholischen Kirche, welche den Gehorsam gegen den Staat leugnet und die Allmacht des „unfehlbaren“ Papstes auch in rein weltlichen Dingen proklamirt. Wir entlehnen der „Wes. Ztg.“ folgende Analyse:

Die eingehenden Erörterungen und Reflexionen des Bischofs Reinkens ergeben den revolutionären und antievangeliischen Charakter des Vorgehens der römischen Hierarchie in dem gegenwärtigen kirchenpolitischen Kampfe; ferner aber auch, daß der Geist des Evangeliums die Revolution, der kirchliche Sinn die revolutionäre Gesinnung ganz und gar ausschließt. Reinkens findet außerdem, „daß die Kampfbefehle, die Gegenstände des Streites zwischen Kirche und Staat, in der alten Kirche völlig andere waren als zwischen dem modernen Staate und der vatikanischen Kirche. In den drei ersten Jahrhunderten war es der christliche Name in Verbindung mit der Anbetung Gottes im Geiste und in der Wahrheit und andererseits der Gehorsam gegen den Kaiser Konstantin war es, um es kurz zu sagen, die schwierige, damals fast unmögliche Entwurzelung des Pontifex maximus aus dem Kaiser; heute östlich kein römischer und kein deutscher Kaiser ein Glaubensbekenntnis über die Person Jesu Christi, keiner will einer Synode von Bischöfen präsidieren; vielmehr dreht sich jetzt der Kampf um das Recht, zu bestimmen, was die Unterthanen lernen sollen, welche allgemeine Bildung den Mammern nöthig ist, denen der größte Einfluß auf das Volk in der heimlichstesten Weise gestattet wird, denen der Staat dazu noch Besoldung und Schutz der Amtstätigkeit und oft hohe Ehren sichert; es handelt sich darum, ob der Staat verbieten könne, daß seine erbbaren Bürger um der Gewissensfreiheit willen beschimpft und verfolgt werden, oder daß große Vermögensmassen ohne seine Aufsicht verwaltet und etwa zu ganz fremden Zwecken ins Ausland geschleppt werden. Auch die Kampfesweise war in den früheren Jahrhunderten eine andere, da der kirchliche Geist alle revolutionäre Beimißung von Opposition gegen Ungerechtigkeiten des Staates gegenwärtig fernhält.“ Schließlich weist der Verfasser nachdrücklich auf die von Christus, dem wahren Herrn der Kirche, der diese nimmermehr als die seine anerkennt, wenn sie seinen Geist nicht hat, verkündete Scheidung zwischen Staat und Kirche nach Idee und Art der Wirklichkeit, welche durchaus einfach und an sich keines Kopperbrechens der Rechtsgelehrten bedarf, aber verwirrt und verwirrt geworden ist durch das Stadium der Priesterschaft über ihre Würde und durch die Vergesslichkeit in Betreff des Verbotes, aus Grund des Glaubens über die Menschen herrschen zu wollen.“ In allen anderen Staaten begegnen wir den jetzt von Rom inspirierten Hierarchen im Kampfe mit der weltlichen Obrigkeit um die Herrschaft. Der Souverän im Vatikan will in allen Staaten der Welt, in welche seine 180 Millionen Unterworfenen vertheilt sind, mit herrschen, ja in Bezug auf die wichtigsten Gesetze das letzte Wort sprechen. Zwei Herrscher, deren Gesetze einander bekämpfen, sind nicht möglich in einem und demselben Staate. Einer muß den Thron verlassen, wer soll es sein? Vom christlichen Standpunkte offenbar derjenige, dem der Herr das Herrschen untersagt hat. Das Streben der Priesterschaft, durch Zwang ihre Meinungen als göttliche Wahrheit durchzusetzen, ist immer ein Symptom ihres Sinkens, der Schwächung des Glaubens, der geistigen Ohnmacht. Und wo sie nach politischer Herrschaft greift, da erfüllt sich das Wort: corruptio optima pessima. Denn je erbauer die Idee des christlichen Priesterthums ist, desto mehr strahlt sich der Mißbrauch derselben. Sie ist ein Friedenslicht der Völker; aber wenn die Träger derselben herrschen wollen, so wird sie zur Kriegsfackel und zu einer Kriegsfackel, welche Vater und Sohn gegeneinander zu wilder Kampflust entzündet. Wie friedlich, sagt Reinkens zum Schluß, wäre













